

Wie Viola Amherd das scheinbar Unmögliche schaffte

- 20.12.2019
- Basler Zeitung
- Beni Gafner

Beni Gafner Wirtschaft und bürgerliche Politiker staunten, als sich die neue Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) gegen die volle Kompensation von Rüstungseinkäufen durch Gegengeschäfte aussprach. Im Namen des Bundesrats forderte sie die Räte auf, beim Kampfjet-Kauf künftig nur noch 60 statt 100 Prozent des Einkaufspreises zu kompensieren. Die aufgeschreckte Offiziersge Seilschaft ging zur CVP-Bundesrätin auf Distanz. Und Swissmem, der mächtige Verband der Maschinen-, Elektro-, und Metallindustrie, drohte gar, er werde dem neuen Jet in der Referendumsabstimmung die Unterstützung verwehren, sollte das Parlament die Regel von 100 Prozent Gegengeschäften brechen. Und nun dies: National- und Ständerat haben gestern dem Antrag ihrer Einigungskonferenz zugestimmt, der 60 Prozent Gegengeschäfte vorsieht.

Damit springt für die Schweizer Industrie voraussichtlich rund eine Milliarde Franken weniger an Gegengeschäften heraus als bei einer hundertprozentigen Kompensation. Die Uneinigkeit zwischen National- und Ständerat über die Höhe der Gegengeschäfte ging über drei Runden und dauerte Monate. Während der Nationalrat Amherd von Anfang an unterstützte, beharrte der Ständerat zuerst auf 100 Prozent Kompensation, dann auf 80 Prozent. Erst jetzt, als das Projekt zu scheitern drohte, einigten sich die beiden Kammern auf 60 Prozent. Amherds Trümpfe Dass sich Amherd im Parlament durchsetzte, hat mehrere Gründe.

Letztlich war es vor allem ihr Hauptargument, das verfiel. Es lautete, man dürfe mit der Kampfjetbeschaffung nicht Subventionspolitik für die Wirtschaft betreiben. Wörtlich betonte Amherd immer wieder, es gehe um die Sicherheit der Bevölkerung und nicht um Regionalpolitik. Sicherheitspolitiker Thomas Hurter (SVP) erklärt, die Ratsmehrheit habe stets die Volksabstimmung im Fokus gehabt. «Hätten wir zur Höhe der Kompensation einen Basar veranstaltet, wäre dies für die Referendumsabstimmung im nächsten Jahr nachteilig gewesen.

» Laut Hurter waren schliesslich auch die hohen Rüstungsausgaben der nächsten Jahre ausschlaggebend für die tiefere Kompensation. Zu den sechs Milliarden Franken für neue Kampfjets sollen nämlich weitere neun Milliarden kommen, die für die Modernisierung der Bodentruppen geplant sind. Diese zusätzlichen neun Milliarden für die Bodentruppen sollen zu 100 Prozent kompensiert werden. Die Rüstungsbehörde Armasuisse hat nach Aussage Hurters dabei gewarnt, es werde schwierig, innerhalb weniger Jahre Rüstungseinkäufe von 15 Milliarden Franken vollständig zu kompensieren. Auch hier spielte Amherd eine Rolle, indem sie diesen Befund durch ihre Fachleute in die Parlamentskommissionen tragen liess.

Und so kam schliesslich ein erstaunlich klares Abstimmungsresultat zustande. Der Ständerat stimmte den 60 Prozent ohne Gegenstimme mit 41 Ja bei 3 Enthaltungen zu, der Nationalrat sagte mit 122 zu 66 Ja, bei 4 Enthaltungen. Die Nein-Stimmen kamen von SP und Grünen. Die klaren Mehrheitsverhältnisse im Bundeshaus rufen auch Unzufriedenheit hervor. Swissmem-Direktor Stephan Brupbacher sagt auf Anfrage, die Industrie sei sehr enttäuscht.

«Es verzichtet freiwillig auf Aufträge von über einer Milliarde Franken für unsere Industrie, ohne dass es hier zu namhaften Mehrkosten gekommen wäre.»